

Sonntag;
23.05.2010

Bundesrat will auf Kosten der Umwelt 80 Millionen sparen

Umweltverbände sind von den Sparberatungen ausgeschlossen

VON CHRISTOF MOSER

Hinter dem unverdächtigen Kürzel KOP 11/13 verbirgt sich das Konsolidierungsprogramm des Bundesrats, mit dem die Regierung in den kommenden Jahren den Staatshaushalt um insgesamt 1,5 Milliarden Franken kürzen will. Letzte Woche hat die geplante Sparübung die heisse Phase erreicht: Die Finanzverwaltung empfangt politische Parteien, Kantonsvertreter sowie Wirtschaftsverbände zu konferenziellen Beratungen darüber, wie das Sparziel erreicht werden soll.

Nicht mit am Tisch sassen die Umweltverbände – sie erhielten keine Einladung. «Wir haben uns überlegt, sie ebenfalls einzuladen, verzichteten dann jedoch aus Effizienzgründen darauf», sagt Marianne Widmer, die zuständige Sachbearbeiterin in der Finanzverwaltung. Umso heftiger fällt jetzt dafür die Kritik der Umweltorganisationen an den bundesrätlichen Sparvorschlägen aus. Ueli Bernhard, Leiter des WWF-Bildungszentrums und zuständig für die Beurteilung des Konsolidierungsprogramms bei der Umwelt-Allianz, spricht von einer «regelrechten Sparattacke des Bundesrats auf Umwelt und Klima».

PUNKT FÜR PUNKT ist Bernhard das vorliegende Sparprogramm durchgegangen und hat ausgerechnet, dass der Bundesrat auf Kosten der Umwelt insgesamt 80 Millionen Franken einsparen will. «Die Folgen davon sind teilweise immens und stehen im Widerspruch zu den umweltpolitischen Zielen der Regierung», sagt Bernhard. Auch Roland Schuler von Pro Natura kritisiert: «Man kann nicht einerseits bei jeder Gelegenheit die Wichtig-

keit des Umwelt- und Klimaschutzes betonen und dann genau in diesem Bereich den Sparhebel ansetzen.»

Konkret plant der Bundesrat in seinem Sparprogramm die folgenden grösseren Kürzungen, die gemäss Umwelt-Allianz «umweltrelevante Folgen haben»:

- > Regionalverkehr (z. B. die Streichung von 116 Postauto-Linien): -24 Millionen
- > Kombiniertes Verkehr: -15 Millionen
- > Direktzahlungen für die Biolandwirtschaft: -2 bis -7 Millionen
- > Landwirtschaftliche Beratung (z. B. für die Umschulung auf Biolandbau): -3 bis -4 Millionen
- > Förderung von Umwelttechnologie (soll gestrichen werden): -4,5 Millionen

WIDERSINNIC AM Sparprogramm findet WWF-Fachmann Bernhard, dass der Rotstift auch in Bereichen angesetzt werden soll, die für die Wirtschaft wichtig sind: «Die Streichung der Förderung von Umwelttechnologien ist nicht nur umwelt-, sondern auch wirtschaftsfeindlich. In diesem Bereich ist die Schweiz im Hintertreffen. Und in der Krise war das jener Bereich, in dem wir Wachstum verzeichnen konnten.» Insgesamt sei die Vorlage aus Sicht der Umweltverbände «nicht akzeptabel». Sie wollen deshalb bei der Finanzverwaltung alternative Vorschläge einreichen. Allein eine bessere Energieeffizienz im IT-Bereich, Sparbemühungen bei der Beleuchtung von öffentlichen Flächen und Gebäuden und ein besseres Energiemanagement bei den Bundesbetrieben würden laut Ueli Bernhard «riesige Einsparungen» ermöglichen: «Der Bundesrat könnte also auch so sparen, dass es der Umwelt nützt.»